

54 30 / 3386, SAP/MO

RECEIVED

before 12.8.1961

Entwurf

## ERKLÄRUNG

der Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten

Die Regierungen der <sup>Teilnahme - Staaten des</sup> Warschauer-Vertrags<sup>es</sup> Staaten streben <sup>schon</sup> seit mehreren Jahren nach einer Friedensregelung mit Deutschland. Sie gehen dabei davon aus, daß diese Frage längst spruchreif ist und keinen weiteren Aufschub duldet. Wie bekannt, hat die Regierung der UdSSR mit vollem Einverständnis und voller Unterstützung aller Staaten, die der Warschauer-Vertrags-Organisation angehören, <sup>den</sup> an die Regierungen der Länder, die am Krieg gegen das hitlerfaschistische Deutschland teilnahmen, den Vorschlag <sup>gerichtet</sup>, mit den beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage Westberlin <sup>zu lösen</sup>, ~~die Belagerung~~ <sup>zu lösen</sup> daß diesem der Status einer entmilitarisierten Freien Stadt ~~verhien~~ <sup>verhien</sup> wird. Dieser Vorschlag berücksichtigt die reale Lage, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland und in Europa herausgebildet hat. Er ist nicht gegen <sup>irgendwessen</sup> die Interessen ~~von irgendjemand~~ gerichtet und hat nur den Zweck, die Überreste des zweiten Weltkriegs zu beseitigen und den Weltfrieden zu festigen.

Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, ~~diese Frage~~ durch Verhandlungen aller interessierten Länder <sup>zu einer vereinbarten Lösung zu kommen</sup> der ~~einheitlich zu entscheiden~~. Mehr noch: die Westmächte beantworten die von Friedensliebe getragenen Vorschläge der sozialistische Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfaltung <sup>der</sup> Kriegshysterie und mit <sup>der</sup> Androhung militärischer Gewalt. Offizielle Vertreter einer Anzahl von NATO-Ländern haben eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und Pläne einer militärischen Teilmobilmachung bekanntgegeben. In einigen NATO-Ländern wurden sogar Pläne einer militärischen Invasion des Hoheitsgebietes der DDR veröffentlicht.



die Bundeswehr gepreßt, sie werden in großem Umfang für Spionageorgane verschiedener Länder angeworben, worauf sie als Spione und Sabotageagenten wieder in die DDR <sup>persönlich</sup> eingeschleust werden. Für derartige Diversionstätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder ist sogar ein Sonderfonds gebildet worden. Der westdeutsche Kanzler Adenauer hat unlängst die NATO-Regierungen aufgefordert, diesen Fonds zu vergrößern.

Es ist charakteristisch, daß sich die von Westberlin ausgehende Wühltätigkeit in letzter Zeit verstärkt hat, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder Vorschläge für eine unverzügliche Friedensregelung mit Deutschland gemacht haben. Diese Wühltätigkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer-Vertrags-Staaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.

Die Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten <sup>stellen sich</sup> richten an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik <sup>mit dem</sup> den Vorschlag, an der Westberliner Grenze <sup>solche</sup> eine Ordnung einzuführen, <sup>durch die</sup> bei der der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt ~~wird~~ und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem Demokratischen Berlin eine

verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet  
~~sein~~ <sup>wird</sup>, Selbstverständlich ~~dürfen~~ <sup>werden</sup> diese Maßnahmen die ~~bestehenden~~ <sup>bestehenden</sup>  
 Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den ~~Kommunikations~~  
~~linien~~ <sup>Verbindungsstellen</sup> zwischen Westberlin und Westdeutschland nicht berühren.

Die Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten verstehen natürlich, daß die Ergreifung von Schutzmaßnahmen an der Grenze Westberlins für die Bevölkerung gewisse Unbequemlichkeiten schafft, aber angesichts der entstandenen Lage trifft die Schuld daran ausschließlich die Westmächte und vor allem die <sup>Regierung der</sup> Bundesrepublik.  
<sup>Wäre</sup> ~~Wäre~~ die Westberliner Grenze bisher offengehalten <sup>wurde</sup>, so geschah dies in der Hoffnung, daß die Westmächte den guten Willen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mißbrauchen würden. Sie haben jedoch unter Mißachtung der Interessen des deutschen Volkes und der Berliner Bevölkerung die jetzige Ordnung an der westberliner Grenze zu ihren heimtückischen Wühlzwecken ausgenutzt. <sup>aus der</sup> Verstärkte Bewachung und Kontrolle an der Westberliner Grenze <sup>auf</sup> ~~an~~ der jetzigen anomalen Lage ein Ende <sup>gesetzt werden</sup> ~~machen~~.  
 Zugleich halten es die Regierungen der <sup>Polen- und Tschechoslowakei-</sup> Warschauer-Vertrags-~~Länder~~ für notwendig, zu betonen, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahmen fortfällt, sobald die Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und ~~die ihrer Lösung harrenden Fragen~~ auf dieser Grundlage ~~gelöst~~ sind.

*die openen Fragen*